

die Oberministerkonferenz der k. u. k. Regierung
gegen die Einführung der Mehlfuhrer.

Es muß überdies festgestellt werden, daß auch Deutschland nicht unerhebliche Quantitäten von Getreide und Mehl aus Rumänien bezieht. Sicherlich werden die Gesehungskosten mit Rücksicht auf die durch die geographische Lage bedingten höheren Transportauslagen nicht geringer, sondern höher sein wie in Oesterreich. Es verlautet bisher noch nichts, daß die deutsche Regierung aus diesem Titel mit einer allgemeinen Erhöhung der Mehlpreise auch für das inländische Mehl vorgegangen ist, es besteht vielmehr die Wahrscheinlichkeit, daß diese Ueberpreise dem Staate angelastet werden.

Die Preiserhöhung als Finanzoperation.

Es erscheint daher diese Motivierung der Mehlpriiserhöhung in dem offiziellen Communiqué nicht ganz stichhältig, und es kann bei diesem Anlasse nicht unterdrückt werden, daß in breiten Bevölkerungsschichten der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß die Kriegsgetreideverkehrsanstalt mit der Erhöhung der Mehlpreise eine Finanzoperation verbindet. Hierüber zu diskutieren erscheint aber dormalen nicht möglich, da die finanzielle Gehabung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt sich der öffentlichen Kontrolle entzieht.

Wir alle stehen unter dem tiefen, nachhaltigen Eindrucke, den die über Nacht gekommene Erhöhung der

Mehlpreise auf die Wiener Bevölkerung ausgeübt hat. Die Belastung wird um so drückender empfunden, als die Kaufkraft speziell der ärmeren Bevölkerungskreise allmählich zu erlahmen beginnt, der ganze Lebensmittelmarkt von beinahe unerträglichen Preisforderungen beherrscht wird und die Mehlpriiserhöhung, da sie eine Vertenerung des wichtigsten Konsumartikels darstellt, geradezu als Kriegsteuer empfunden werden muß. Der Bürgermeister ergähte es daher für notwendig, eine Stellungnahme der Obmännerkonferenz zu dieser Sachlage zu verlangen.

Der Wiener Gemeindeverwaltung wird in Erkenntnis des Notstandes der Bevölkerung die Pflicht obliegen, durch eine ernste, einmütige Kundgebung der Regierung vor Augen zu führen, daß die von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt verfügte Erhöhung der Mehlpreise eine unfagbar schwere Belastung aller Kreise der Bevölkerung darstellt, daß diese Preiserhöhung insoweit als ungerechtfertigt bezeichnet werden muß, als gegenüber der Deffentlichkeit die wahren Gründe der Preiserhöhung nicht offiziell bekanntgegeben werden und daß insbesondere trotz der Versicherung des offiziellen Communiqués der Befürchtung Ausdruck gegeben werden muß, daß eine Erhöhung der Brotpreise nicht hintangehalten werden kann.

Die schriftliche Erklärung des Ministers des Innern.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte dem Oberkommissär Dr. Noshkopf für sein treffliches Referat und sprach ihm unter dem Beifalle der Anwesenden die Anerkennung aus. Hierauf verlas der Bürgermeister den ihm zugekommenen Brief des Ministers des Innern.

Die Debatte.

Antrag auf Außerkraftsetzung der Verordnung.

In der sich hierauf entwickelnden Debatte ergriff als erster Oberkurator Steiner das Wort und erklärte, daß keine während der ganzen Dauer des Krieges erlassene Verordnung eine so ungeteilte Kritik gefunden und eine so einheitliche Mißstimmung hervorgerufen habe wie die Verordnung vom 31. Dezember 1915. Von dem Briefe des Ministers des Innern könne er sich nicht befriedigt erklären. Die Ausführungen des Briefes seien nicht geeignet, volle Aufklärung über die Verhältnisse zu verschaffen, und er müsse darauf hinweisen, welche Empörung in der Bevölkerung über diese Regierungsmaßnahme entstanden sei und wie gerade in den ärmsten Kreisen der Druck dieser Erhöhung am bittersten empfunden werde. Er halte die Durchführung dieser Verordnung für unmöglich und er könne keinen anderen Antrag stellen, als daß an die Regierung die Forderung gerichtet werde, diese Verordnung sofort außer Kraft zu setzen.

Gemeinderat Dr. Hein bezeichnet die Verordnung als antisozial und weist nachdrücklichst darauf hin, daß diese Verordnung geradezu eine Spezialbesteuerung der städtischen Bevölkerung beinhalte. Man spreche von einem großen Defizit in der Kriegsgetreideverkehrsanstalt. Die Deffentlichkeit habe ein Recht, zu verlangen, daß hierüber volle Klarheit geschaffen werde. Insbesondere vom Wiener Standpunkte müsse er gegen diese Verordnung protestieren, da ja Wien durch diese Mehlfuhrer, wie er die Erhöhung bezeichnen wolle, am härtesten getroffen werde, während die ländliche Bevölkerung, die ohnedies durch die Steigerung der Lebensmittelpreise profitiere, von dieser Maßnahme verschont bleibe, da ja auf dem Lande die Selbstverbraucher kein Mehl kaufen und daher auch keine erhöhten Mehlpreise zu zahlen haben. Die spezielle Besteuerung der städtischen Bevölkerung trete um so schärfer hervor, weil die ländliche Bevölkerung eine höhere Kopfquote zugewiesen erhalten habe. Nicht einmal der Beirat der Kriegsgetreideverkehrsanstalt sei vorher gefragt worden. Die rumänischen Importe seien auch noch nicht eingelangt, und er könne sich daher nur voll und ganz dem Antrage Steiner anschließen.

Bizebürgermeister Hof erklärt, daß er als Mitglied des Beirates der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht gefragt worden sei, daß überhaupt dieser Beirat bisher nur zu zwei Sitzungen einberufen wurde und gar nicht in der Lage war, zu den Maßnahmen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt Stellung zu nehmen. Er werde noch in die Sitzung am 20. d. gehen und je nach dem Ergebnis der Sitzung seine Konsequenzen ziehen. Im übrigen spreche er ebenfalls für den Antrag Steiner.

Gemeinderat Leitner weist darauf hin, daß infolge der Mehlnappheit wiederum die Ansammlungen vor den Mehlschleifstellen stärker werden und daß daraus mit Recht gefolgert werden könne, daß das Mehl nunmehr neben den Kartoffeln die einzige Volksnahrung bilde. Es sei daher tief bedauerlich, daß die Regierung, um das Defizit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zu decken, zu einer solchen Mehlfuhrer geschritten sei.

Gemeinderat Dr. v. Dorn fordert, daß die Vertreter der Gemeinde im Beirate der Kriegsgetreideverkehrsanstalt bei der für den 20. d. anberaumten Sitzung den Standpunkt der Gemeindeverwaltung nachdrücklichst vorbringen und aus dem weiteren Verhalten dieser Gesellschaft die notwendigen Konsequenzen ziehen, denn es sei unmöglich, daß weiter Gemeindevorteiler in dieser Korporation verbleiben würden, wenn die vitalsten Interessen der Bevölkerung keine Beachtung finden.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß die neuen Mahlvorschriften ohne Zweifel einen recht ungünstigen Einfluß auf die Verhältnisse des Mehlmarktes nehmen werden, und betont, daß die Vermutung, es werde das in Oesterreich ausfallende Quantum an Kochmehl durch ungarische Importe ersetzt werden, leider auch seinem Zweifel begegnen müsse. Er richtet an den Marktdirektor die Frage, ob die verschiedenen dann im Verkehre stehenden Mehltypen österreichischer, ungarischer und rumänischer Provenienz durch die Marktorgane leicht unterschieden werden